

Globalisierung der Energiemärkte

Marktgiganten und Machenschaften

Rolf Bertram

Es gibt wohl kaum einen anderen Bereich, in dem die negativen Folgen einer weitgehend globalisierten Struktur so deutlich zu Tage treten wie in der atomar/fossilen Energiewirtschaft. Nicht globale Energieversorgung findet statt, sondern globale Ausbeutung der Primärenergieträger.

Blickt man auf die ökologischen Zerstörungen, auf den Verlust von Gesundheit und Lebensqualität durch Beschaffung (Braunkohle-Tagebau, Uranabbau), Transporte von Energieträgern (Pipelines, Ölunfälle) und durch Umwandlungsprozesse so gilt hier besonders: „Gewinne werden privatisiert, die Verluste trägt die Allgemeinheit“. Die weltweit ausgelösten sozialen Spannungen durch „Rohstoffsicherung“ sind ohne Beispiel.

Wirtschaftswachstum um jeden Preis - auch um den Preis der Selbstausrottung!

Als Folge des immensen Energie“verbrauchs“ in der industrialisierten Welt kommt es durch Ausbeutung zur Versklavung und Verelendung der Menschen in der Dritten Welt. Zugunsten der Rohstoffinteressen werden Menschen aus ihren Lebensräumen vertrieben oder nachhaltig gesundheitlich geschädigt, wird mit korrupten Feudalregierungen gedealt, werden friedensgefährdende Konflikte heraufbeschworen, ja sogar Kriege geführt.

Energie als Ware besonderer Art.

Wie beim Handel mit anderen Waren geht es auch hier nicht um die tatsächliche Bedarfsdeckung sondern um die Steigerung des Umsatzes – selbst wenn dieser lebensbedrohlich wird. Energie kann weder erzeugt noch verbraucht werden. Die Nichtbeachtung dieses Sachverhalts hat katastrophale Folgen. Die energetischen Bedingungen auf diesem Planeten Erde sind deshalb (bis jetzt noch) lebensfreundlich, weil sich zwischen der Energiezufuhr von der Sonne und der Energierückstrahlung in den Weltraum im Laufe von Jahrmillionen ein ausgeglichenes Gleichgewicht eingestellt hat.

Dieses sensible System wird durch Freisetzung von gebundener Energie, die bei der Verbrennung fossiler Rohstoffe (von Erdöl, Erdgas und Kohle) sowie bei Umwandlung von Materie zu Energie in Atomkraftwerken stattfindet, instabiler. Bei der Umwandlung und Nutzung atomar/fossiler Energie werden unvermeidbar große Mengen an chemotoxischen und radiotoxischen Stoffen emittiert.

Ungeachtet dieses Tatbestandes wird mit der Ware Energie umgegangen als sei unsere Lebenswelt beliebig belastbar und die Ressourcen unerschöpflich.

Trotz der prinzipiellen Andersartigkeit gelten absorderweise für Energie dieselben Marktgesetze und Handelsabläufe wie für gewöhnliche Waren. Die Ware Energie wird wie jede andere Ware nach dem Postulat gehandelt: viel bringt viel. Die besten Geschäfte werden auch hier nach der Devise gemacht: billig beschaffen und

massenhaft verkaufen! Die Beschaffung ist billig, wenn Umweltzerstörung nicht ausgeglichen werden muß, wenn die Vernichtung von Lebensräumen für den Beschaffer nicht mit Kosten verbunden ist. Massenhafter Verkauf wird durch hemmungslose Bedarfsweckung gewährleistet.

Energieverschwendung wird systemprägend, ja sogar zu einem Symbol für Wohlstand und Fortschritt. Strategisch ausgeklügelt wird das Bedürfnis nach Mobilität, Komfort und Bequemlichkeit zur Gewinnmaximierung instrumentalisiert. Massenhafter und quasi konkurrenzloser Handel mit Energie ist besonders ergiebig in monopolistischen, zentralisierten Strukturen. Beschränkte sich in den fünfziger Jahren die Zentralisierung noch auf Ortschaften, auf Regionen, später auf Nationalstaaten, so findet jetzt die Steuerung von Energieströmen multinational ja global statt.

Massive Einflußnahme der Energiekonzerne hat zu Gesetzen und Verordnungen geführt, durch die diese Vorgänge weitgehend der staatlichen Kontrolle entzogen werden. Dieses im neoliberalen Sinne optimierte Energiewirtschaftssystem mißachtet soziale und ökologische Belange. Die 30% „Reiche“ Staaten verbrauchen rund 90% der eingesetzten Primärenergie.

Der neoliberalistische Anspruch auf ungezügelt „Marktfreiheit“ gilt allerdings nur für die Monopolisten der Energiewirtschaft. Alle anderen finden sich in einer Zwangswirtschaft ohne gleichen wieder. Die Thesen: „der freie Markt wird es schon richten“ und „keine staatliche Einmischung“ ist in der Energiewirtschaft offenbar ausgespart. Ohne staatliche (und statliche) Subventionen gäbe es z.B. in Deutschland keine Atomindustrie. Mit der Vorstellung von marktwirtschaftlicher Ordnung hat das nichts mehr zu tun. Auch bei leitungsgebundener Energie (Strom und Gas) hört die freie Marktwirtschaft auf. Obwohl von der Allgemeinheit finanziert, sind Trassen in der Hand global verschränkter Versorgungsunternehmen für Dritte garnicht oder nur gegen Aufgeld zugänglich.

In der Atomwirtschaft war der Sprung von der nationalen auf die globale Ebene durch den sog. BRENNSTOFFKREISLAUF vorgezeichnet, also durch die aufeinanderfolgenden Verfahren von der Uranscherfung bis zur Aufarbeitung und zur Endlagerung. Obwohl ein (von Staat und Betreiber) häufig benutztes Argument zur Einführung der Atomindustrie die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit war, zeigte sich bald, daß auf allen Stufen des Brennstoffkreislaufs neue multinationale Abhängigkeiten entstanden (WAA, Endlager, Proliferation...). Durch die technisch unvermeidbare Verzahnung - zunächst nur auf der europäischen Ebene - eröffnete sich ein von den beteiligten Staaten kaum noch kontrollierbares Operationsfeld für transnationale Konzerne. So sind die wesentlichen Entscheidungen denn auch abseits von Parlament und Öffentlichkeit gefallen. Alle bekannten Marktmechanismen der Beschaffungs- und Absatz-Optimierung finden sich ins Maßlose gesteigert wieder: Ausbeutung in übelster Kolonialmanier, Marktbeherrschung

durch Okkupation und Dumping. Die schädlichen Folgen dieses Verhaltens gehen weit über Regierungsbereiche und Regierungszeiten hinaus (Halbwertszeit von Radionukliden, Klima).

Daß eine wachsende Energieproduktion unausweichlich zu Lasten der Natur und unersetzlicher Ressourcen geht, bleibt politisch weitgehend unbeachtet. Der „Fortschritt“ in den Industrieländern geht überall mit einer hemmungslosen Ausbeutung der begrenzten, nichterneuerbaren Energierohstoffe einher. Mit ihrer Umwandlung in Wärme, Strom und Treibstoffe sind Entsorgungsprobleme gekoppelt, die mit zunehmender Erkenntnis über die Komplexität der Ökosysteme immer unlösbarer werden. Die derzeit bekannten irreversiblen Schädigungen werfen die Frage auf, ob die ferne Zukunft überhaupt noch eine Lebensgrundlage für differenzierte Organismen bietet.

Die technikgeschichtliche Entwicklung im Zuge der Industrialisierung ist ganz im Sinne des Neoliberalismus verlaufen: Vorrang wurden immer wieder jene Technologien gewählt, mit denen am schnellsten und billigsten Energie „produziert“ werden konnte, und die sich vom Ansatz her zur Zentralisierung und Monopolisierung besonders eigneten. So entstanden mächtige Energieimperien, die die „effektivsten“ Formen der Energiebereitstellung forcierten und gleichzeitig andere Optionen unterdrückten. Für die Protagonisten dieser dominierenden Richtung ist nur das technisch interessant, was mit „hoher Energiedichte, hoher Konzentration, hoher Spannung und nicht zuletzt mit hoher Sprengkraft“ (H. SCHEER) einhergeht. Haltlose Ideen und Vorschläge werden weiterverfolgt und staatlich massiv gefördert, auch wenn bereits im Ansatz die ökologische und soziale Unvereinbarkeit erkennbar ist. Die Kreationen dieser Branche scheinen unerschöpflich: „inhärent sichere Atomreaktoren“, „Fusionsreaktor“, „CO₂ in den Ozean“, ...abenteuerliche „Atommüllkonzepte“ usw. Die Ausweitung des „harten“ Weges mit Großtechnik, Zentralisierung, Großforschung, Großkraftwerken, überregionalen Versorgungsunternehmen und unvermeidbaren Kapitalkonzentrationen ist - ökologisch gesehen - ein SELBSTMORDPROGRAMM.

Da der übliche „demokratische Prozess“ weltweit (und auch bei uns) nicht auf Nachhaltigkeit angelegt ist, wird die Forderung umso dringlicher, die Ökologie zum Leitprinzip politischen Handelns zu erheben.

An der Energiewirtschaft mit ihrer grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigung wird besonders deutlich, daß Ökologische Politik nicht staatlich begrenzt ablaufen darf - hier wäre Globalisierung wirklich angebracht. Die Forderung nach fehlerfreundlicher Technik, nach Technikfolgenabschätzung wird trotz Tschernobyl, trotz verheerenden Ölkatastrophen in der real ablaufenden Politik nur in Sonntagsreden erhoben. Hier spielen eine bewußte und strategisch gesteuerte Verhinderung durch interessierte Kreise (die Angst um ihre abgesteckten Claims haben) und schwerwiegende Defizite an vernetzter Denkweise zusammen.

Die von der Gesellschaft und deren politischen Eliten überwiegend akzeptierten (aber völlig antiquierten) energiewirtschaftlichen Regeln sind nach wie vor auf Steigerung des Energieverbrauchs ausgerichtet, auch wenn absehbar ist, daß dieses System dabei nicht nur ökologisch sondern auch sozial und ökonomisch kollabieren muß. Begriffe wie Sozial- und Umwelt-Verträglichkeit passen

nicht in das etablierte Energiewirtschaftssystem. Bis zur Stunde erfolgt die Substitution von Energieträgern ausschließlich nach Kostengesichtspunkten. Eine angemessene Berücksichtigung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen findet nicht statt.

„Die von uns heute favorisierte, wachstumsorientierte, kapitalistische freie Marktwirtschaft hat offensichtlich Rahmenbedingungen und Spielregeln geschaffen, nach denen mit zunehmendem Tempo die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Es (das System) erfordert dringend eine Generalüberholung des mangelhaften wirtschaftlichen Regelwerkes.“

Das unerbittliche Wettrennen (der Länder und Ländergruppen) um Marktvorteile...gleicht immer mehr einem Wettsägen an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.“ (H.P.DÜRR, „Für eine zivile Gesellschaft“)

Warum schlagen sich die seit einem halben Jahrhundert erkannten nachhaltigen und irreparablen Schadwirkungen durch fossil/atomare Energietechniken im Handeln der politischen Akteure so wenig nieder? Diese verhalten sich immer noch so, als gäbe es keine Alternativen. Dabei sind das riesige Potenzial regenerierbarer Energien und die Technik zur Nutzbarmachung länger bekannt als die atomar/fossilen Technologien. Selbst die neu scheinende Photovoltaik oder die exotisch eingestufte Brennstoffzelle sind seit über 100 Jahren bekannt.

Gestützt auf sog. „neutrale“ Aussagen internationaler Energieagenturen und Strahlenschutzkommissionen wird seit Jahrzehnten toleriert, was einer wissenschaftlich seriösen Nachprüfung nicht standhält. Es wird vergessen, daß diese Institutionen (z.B. EURATOM,IAEA,ICRP) in erster Linie dazu geschaffen sind, die Sicherheits- und Strahlenbelastungs- Kriterien und die daraus abgeleiteten Indikatoren den Interessen der Atomindustrie anzupassen. Diese von Staaten bzw. Staatengemeinschaften unterhaltenen Institutionen mit Tausenden von hochbezahlten Mitarbeitern unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle.

Wie konnte es dazu kommen?

Die großen Energieprobleme tauchen erst nach dem 1. Weltkrieg auf.

Der eigentliche Strukturwandel auf dem Energiemarkt erfolgte in erster Linie durch die Umwandlung der Primärenergieträger in die Sekundärenergien Heizöl, Benzin und Strom. Durch die erforderliche technische Zentralisierung und der damit verbundenen Kapitalbindung bei Beschaffung (Pipelines), Erzeugung (Kraftwerk) und Verteilung (z.B. Stromnetz) entstand ein neues energiewirtschaftliches Konzept. Hier bot sich eine einmalige Gelegenheit zur Etablierung monopolistischer und oligopolistischer Strukturen.

Das Bestreben der öffentlichen Hand, die einzelnen Energiebereiche im Interesse der Allgemeinheit zu gestalten oder zumindest zu kontrollieren (Preisbindung, Tarifbildung) wurde zunehmend und gezielt unterlaufen. Durch die Einbeziehung regionaler oder kommunaler Körperschaften wird eine scheinbare Einflußnahme vorgegaukelt.

Die Energiepolitik folgte jahrzehntelang dem Dogma: Wohlstand nur durch höheren Energieverbrauch! So wurde - und wird immer noch - von scheinbar unabhängigen Experten verbreitet, die Alternative zu der gegenwärtigen

Energiewirtschaft sei der Verzicht, sei die Rückkehr in die Barbarei.

„Wir brauchen mehr Energie um den Wohlstand zu sichern!“

Was zunächst plausibel scheint, entpuppt sich bei der Analyse als großer Irrtum - oder vorsätzlicher Bluff. Mit unseriösen, haltlosen Prognosen und irreführenden Kosten-Nutzen-Rechnungen wurden politische Entscheidungen geradezu erzwungen. Insbesondere die Atomenergiewirtschaft ist von Anfang an durch illusorische Erwartungen geprägt. Wirtschaftliche Fehlkalkulationen und unerfüllbare Wirtschaftlichkeitsaussichten prägen diesen Wirtschaftszweig bis zur Stunde. Es wird auch vergessen, daß das ursprüngliche Hauptmotiv für die Einführung der Kernenergie-technologie nicht die Energieversorgung sondern die Plutoniumherzeugung war. Die „Energieschlücke“ wurde erst sehr viel später erfunden: „Ohne Kernenergie gehen die Lichter aus“ usw. Mit unseriöser Werbung und irreführenden Argumenten wird immer wieder versucht, den Bedarf anzuheizen und damit die Grenze der Marktsättigung nach oben zu verschieben.

Der Profit ist die Handlungsgrundlage der Ölmultis und der großen Verstromer (Atomenergie-Betreiber). Dieses Grundmuster wird von den Regierungen nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert. Eine starke Lobby erreicht, daß diese (mörderische) Zielsetzung durch Gesetze und Verordnungen Bestandsschutz genießt. Noch immer steht in unserem EnWG (novelliert am 29.3.2000) die Preisgünstigkeit an vorderster Stelle der Forderungen. Zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Kapitalbildung und zum Machterhalt ist offene und verdeckte Korruption eine besonders bewährte Methode. Dadurch, daß unverhohlen um „politisch zuverlässige“ Abgeordnete geworben wird, werden die energiewirtschaftlichen Profitinteressen auch in parlamentarischen Prozessen immer wirksamer. Die Autonomie demokratischer Instanzen geht immer mehr verloren.

Konfliktbereitschaft ist nicht mehr zu erkennen: Man hütet sich, wirklich grundlegende Maßnahmen zu ergreifen wie z.B. angemessene Besteuerung von Flugbenzin und Atomstrom, Verbot energieverschwendender Kfz und anderer Geräte „mit eingebauten Verfallszeiten“. Die Förderung der regenerativen Energien erfolgt in der Regel über zeitlich beschränkte und viel zu kurz greifende Programme. Eine großzügige Förderung der Solarenergie-Forschung und Entwicklung ist nicht erkennbar.

Da die multinationalen Handlungsoptionen dem nationalstaatlichen Zugriff weitgehend entzogen sind, wird die Rechtsstaatlichkeit zum stumpfen Schwert.

Maffiose Praktiken multinationaler Konzerne wie z.B. BP, EON, SHELL, VATTENFALL scheuen sich nicht, auf der Jagd nach Energierohstoffen, die Zerstörung von Lebensräumen und Kulturen in Kauf zu nehmen. Das Jahresbudget dieser machtvollen und kaum noch durchschaubaren Mammutgebilde übersteigt den Haushalt vieler Staaten. Mit milliardenschweren Transaktionen ist es diesen Imperien sogar möglich, Staatshaushalte zu ruinieren.

Ist die Situation hoffnungslos verfahren? Läßt sich noch etwas wenden?

Den Entscheidungsträgern ist immer wieder die Frage zu stellen, warum ökologisch orientierte Zielvorstellungen - die

ja den eben erwähnten diametral entgegengesetzt sind - nicht oder nicht im gewünschten Umfang in die Politik einfließen. Nicht nur die Handlungen der Betreiber auch die Unterlassungen der sie stützenden Politiker gilt es anzuprangern. Stärker als bisher sollte auch versucht werden, die dahinter steckenden Strategien zu erkennen. Nur wenn die wahren Machtstrukturen und deren Steuerungsmechanismen bloßgelegt werden, lassen sich wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln.

Diktiert durch Bilanzen, Devisen- und Aktienkurse sowie durch z.T. unerfüllbare Gewinnerwartungen der Kapitaleigner sind die Betreiber oft gleichzeitig die Getriebenen. Nur noch selten ist eine namentlich bekannte Personengruppe für die volkswirtschaftlich desaströsen Verhältnisse verantwortlich zu machen. Die „global players“ sind entpersönlichte staatsübergreifende Kartelle, denen Moralbegriffe fremd sind. Die einmalige Komplexität der Natur und ihre Erhaltenswürdigkeit kommen im Wörterbuch der global players nicht vor. Folgen und Wechselwirkungen werden nur vor dem Hintergrund der Profite bewertet.

Die Kritik an dem weltweiten atomar/fossilen Energiesystem darf sich nicht nur auf ökologische Belange richten. Sie muß einbeziehen, daß die gegenwärtige zentralisierte Energiestruktur volkswirtschaftlich und sozial zu Verwerfungen und damit zur Einschränkung der Freiheitsrechte führt (Atomstaat). Sie muß einbeziehen, daß global die Ungleichheit zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern nicht aufgehoben sondern vertieft wird.

Mit zunehmender Globalisierungskritik kommt eine neue soziale Bewegung auf, die versucht, diese Thematik stärker aufzugreifen und politisch wirksamer zu bündeln. Der optimale Verfahrensweg dieses Prozesses ist sicherlich noch nicht gefunden. Erprobtes und Neues harht hier noch der Synthese.

Pierre BOURDIEU (in seinem letzten Interview): „Es geht um die Rückkehr zu einer Politik, die noch vollkommen im Aufbau ist.....Es geht darum ein politisches Projekt zu entwickeln, eine Alternative zum herrschenden Kurs, und parallel dazu die Organisationsstrukturen zu schaffen, die den Erfolg dieses Projekts begünstigen.....Es genügt nicht mehr, den Gegner einfach zu beleidigen oder ähnlich simpel gestrickte Verhaltensmuster anzuwenden, sondern man muß wirkliche Alternativen anbieten.....Unser Handlungsspielraum besteht darin, öffentliche Räume des Austauschs, sogar des internationalen Austauschs, zu eröffnen, um den Leuten, die sich für Alternativen interessieren, ein Forum zu bieten.“

Prof. Dr. Rolf Bertram (bertramrolf@aol.com)